

Im Überblick ...

Thomas Bärthlein

Kalam neuer Präsident

Der Raketentechniker A.P.J. Abdul Kalam ist neuer Präsident Indiens. Der 70-jährige Muslim aus dem Bundesstaat Tamil Nadu ist das zwölfte Staatsoberhaupt seit der Unabhängigkeit. Er ist Nachfolger von Kocheril Narayanan. Bei der Wahl im Juli erhielt Kalam sowohl die Unterstützung der regierenden Koalition unter Führung der BJP als auch der oppositionellen Kongress-Partei. Das Amt des indischen Präsidenten ist, ähnlich wie das des deutschen Bundespräsidenten, vor allem repräsentativ. Aber in Ausnahmesituationen, wie bei Pattsituationen im Parlament, bei der Frage, wer mit der Regierungsbildung beauftragt werden soll, und bei der Absetzung von Landesregierungen (*President's Rule*) hat der Präsident ein wichtiges Wort mitzureden. Kritiker bemängeln, daß dem Wissenschaftler Kalam die politische Erfahrung fehle.

Rajdhani verunglückt

Beim schwersten Zugunglück in Indien seit mehr als einem Jahr sind in Bihar am 9. September mindestens 120 Menschen umgekommen. Der Schnellzug *Rajdhani Express* von Kalkutta nach Delhi überquerte eine Brücke in der Nähe von Gaya, als er entgleiste. Die Unglücksursache war bis zum Redaktionsschluß von SÜD-ASIEN nicht endgültig geklärt. In ersten Reaktionen aus der indischen Regierung war von einem möglichen Terroranschlag maolistischer Untergrundkämpfer die Rede gewesen, die in der Umgebung von Gaya seit langem besonders aktiv sind. Der Vorsitzende von Bihars Regierungspartei RJD, Laloo Prasad Yadav, warf dagegen dem Eisenbahnminister der Zentralregierung, Nitish Kumar, Fahrlässigkeit vor. Er sei über die Baufähigkeit der 85 Jahre alten Brücke bei dem Ort Rafiganj informiert gewesen. Die Zeitung *Asian Age* berichtete, nach dem Unglück seien Schienenstücke an der Unfallstelle so arrangiert worden, daß alles nach einem Attentat aussehe.

Streit um Wahlen in Gujarat

Die indische Wahlkommission hat die Pläne der BJP-Regierung abgelehnt, in Gujarat im Oktober einen neuen Landtag zu wählen. Die Ausschreitungen und Massaker Anfang des Jahres, bei denen mindestens 800 Menschen, vor allem Muslime, umgekommen waren, hätten 154 der 182 Wahlkreise betroffen. Die Atmosphäre sei zur Zeit nicht zuträglich für Wahlen, so der Abschlußbericht der Kommission unter J.M. Lyngdoh. Außerdem müßten die Wählerverzeichnisse überarbeitet werden, so daß frühestens im Dezember Wahlen stattfinden könnten. Ministerpräsident Narendra Modi (BJP) hatte im Juli den Landtag aufgelöst und Neuwahlen angesetzt. Die Opposition wirft ihm vor, die aufgeheizte Stimmung zwischen den Religionsgemeinschaften für seinen Wahlkampf ausnutzen zu wollen. Anfang September begann Modi eine „Stolz-Tour“ (*Gujarat gaurav yatra*) durch den Bundesstaat. Auch der oppositionelle *Congress* hat seine Wahlkampagne begonnen. Sein Spitzenkandidat ist der ehemalige BJP-Politiker Shankarsinh Vaghela, der offenbar besonders auf den Faktor „Kaste“ setzt. Vaghela selbst stammt aus der Gruppe der *Kshatriyas*, zu denen 20 Prozent der Be-

völkerung in Gujarat gerechnet werden, und die mit den *Patels* um die Stellung der dominanten Kaste in diesem westindischen Bundesstaat rivalisieren.

Ein Großteil der schätzungsweise 150.000 Vertriebenen der Pogrome in Gujarat hat noch keine endgültige Bleibe gefunden. Nachdem die Regierung einige Flüchtlingslager geschlossen hat, sind viele notdürftig bei Verwandten untergekommen.

Die BJP reagierte empört auf die Entscheidung der Wahlkommission und warf ihr Parteilichkeit vor. Jetzt muss der Oberste Gerichtshof über den Wahltermin entscheiden. Wiederholt spielten BJP-Vertreter bei der Kritik an Lyngdoh darauf an, daß der Vorsitzende der Wahlkommission Christ ist, und als Angehöriger einer religiösen Minderheit also möglicherweise Vorurteile gegen Hindus habe. Lyngdoh, ein *Khasi* aus dem nordöstlichen Bundesstaat Meghalaya, hat sich mit seiner standhaften Haltung in der indischen Öffentlichkeit allerdings eher ein gutes Image erworben. Die Wahlkommission gehört ohnehin zu den am höchsten angesehenen Institutionen der indischen Demokratie, wie Umfragen regelmäßig zeigen.

Fluten und Dürre

Die Monsunregenfälle haben in Indien auch in diesem Jahr wieder zu schweren Überschwemmungen geführt. Mehr als 600 Menschen starben. In Bihar, dem am schlimmsten betroffenen Bundesstaat, war zeitweise ein Gebiet mit 15 Millionen Einwohnern überflutet. In Nord- und Nordwest-Indien blieb der Monsun dagegen lange aus. Bis Mitte September waren in der Hauptstadt Delhi insgesamt nur 212 Millimeter Niederschlag gefallen, am 12. September regnete es dafür gleich 127 Millimeter an einem Tag. Am schlimm-

sten traf die Dürre den Westen Rajasthans, wo für Landwirtschaft und Trinkwasserversorgung nur ein Viertel der üblichen Regenmenge zur Verfügung stand. Aber auch im Punjab und dem Westen Uttar Pradeshs, beides äußerst wichtige Agrarregionen, müssen die Bauern mit der Hälfte des normalen Niederschlags auskommen. Trotz der zu erwartenden Produktions-Ausfälle drohen keine Hungersnöte. Indien hat Getreide-Reserven in Höhe von 65 Millionen Tonnen, vor allem Weizen.

... Im Überblick

Rüstungskooperation mit Israel

Ein hochrangige Delegation aus dem indischen Verteidigungsministerium unter Leitung von Staatssekretär Subir Datta hat Mitte September Israel besucht. Sie traf unter anderem Verteidigungsminister Ben Eliezer und den Stabschef der israelischen Armee. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Das betrifft den Handel, der ein Volumen von rund einer Milliarde Euro erreicht hat, aber insbesondere die militärische Zusam-

menarbeit. Israel ist mittlerweile der zweitgrößte Waffenlieferant Indiens, und die Kooperation soll ausgebaut werden, schrieb die Zeitung *Haaretz*. Insbesondere verhandelt Israel mit Indien über die Lieferung von Raketenabwehrsystemen, die die Israelis gemeinsam mit den USA entwickelt haben. Israel wie Indien fühlen sich durch muslimische Extremisten bedroht. Im Januar hatte Israels Außenminister Peres Indien Unterstützung im „Kampf gegen den Terrorismus“ versprochen.

Weltbank kritisiert Mayawati

Die Weltbank überdenkt ihre Unterstützung für Entwicklungsprojekte im größten indischen Unionsstaat, Uttar Pradesh (UP). Sie kritisiert in einem Brief, daß die Zuständigen für Projekte von der Landesregierung zu oft versetzt würden, und deswegen nicht die gewünschten Fortschritte erreicht würden. Die Ministerpräsidentin von UP, Mayawati, von der vor allem von Dalits unterstützten BSP, hat Beamte aus hohen Kasten bis zu vier Mal im Monat versetzt, um deren Stellung in der Bürokratie zu schwächen. Mayawati,

die mit Unterstützung der BJP regiert, hatte gerade erst neue Gelder von der Weltbank beantragt, um die von ihr proklamierten „Ambedkar-Dörfer“ mit einem hohen Anteil von Dalit-Bevölkerung zu fördern. Außer dem Bau einer Statue von Bhimrao Ambedkar, dem ersten großen Dalit-Politiker Indiens, kann die Regierung UP's aus eigenen Mitteln wenig zur Entwicklung dieser Dörfer beitragen. Nach Weltbank-Angaben lebt in UP fast ein Zehntel der Armen weltweit.

Neue Entführung durch Veerappan

Zwei Jahre nach der Entführung des populären karnatischen Schauspielers Rajkumar hat der tamilische Bandit Veerappan erneut mit einem spektakulären Kidnapping Aufsehen erregt. Ende August brachte Veerappan Nagappa, einen ehemaligen Minister der Landesregierung von Karnataka, in seine Gewalt und drohte damit, ihn zu enthaupten. Einer speziellen *Task Force* der Polizei zur Jagd auf Veerappan, die bereits vor neun Jahren gebildet wurde, entkam der Bandit Berichten zufolge Anfang September knapp.

Indiens Innenminister Advani kritisierte die Regierung und Polizei Karnatakas hart für ihr Versagen. Dies werde Veerappans letztes Verbrechen sein, sagte Advani.

Veerappan werden mehr als hundert Morde zur Last gelegt, daneben Wilderei und Schmuggel von Elfenbein und Sandelholz. Seit Jahren hält er sich im Dschungel an der Grenze zwischen Karnataka und Tamil Nadu versteckt. Mit seinen protamilischen Forderungen hat er sich auch viel Sympathie erworben.

Privatarmee-Chef verhaftet

Der Gründer und Anführer der berüchtigten *Ranvir Sena*, Brahmeshwar Singh, ist am 29. August in Bihars Hauptstadt Patna festgenommen worden. Auf das Konto der Privatarmee sollen 36 Massaker mit mehr als 400 Toten gehen. Die *Ranvir Sena* kämpfte seit 1994 in Landkonflikten in Bihar, Indiens ärmstem Bundesstaat, für Grundbesitzer aus den oberen Kasten der *Bhumihars* und Brahmanen. Die Opfer waren in der Regel landlose Dalits, die als Sympathisanten der maoistischen Naxaliten-Gruppen CPI(ML), *Maoist Communist Centre* oder *People's War* galten. Die *Ranvir Sena* schreckte nicht davor zurück, schwangere Frauen und Kinder zu massakrieren.

In der indischen Presse wurde spekuliert, daß verschiedene Fraktionen innerhalb der *Sena* im Streit lägen, und Politiker der Söldner-Truppe die Patronage entzogen hätten. Seit Jahren war davon die Rede, daß Brahmeshwar Singh ohne hohe politische Kontakte schon längst hätte gefaßt werden müssen. Bihars starker Mann, der Vorsitzende der regierenden Partei RJD und ehemalige Ministerpräsident Laloo Prasad Yadav, begrüßte die Verhaftung Singhs und erklärte, nun würden Politiker entlarvt werden, die mit der *Ranvir Sena* kollaboriert hätten. Bihar hat für eine Offensive gegen die *Sena* und gegen Naxaliten paramilitärische Kräfte aus Delhi angefordert.

Brahmeshwar Singh selbst behauptete wiederum, durch seine Verhaftung sei die Schlagkraft der Truppe keineswegs beeinträchtigt. Es gebe auch keine Spaltung der Organisation. Die *Ranvir Sena* ernannte Shamsher Bahadur Singh zu ihrem neuen Anführer. Sie ist nicht die einzige Privatarmee in Bihar, wo die Verflechtung zwischen organisierter Kriminalität, Kasten- und Landbesitz-Interessen die politische Landschaft entscheidend prägt. Aber bisher war sie mit Abstand stärker als die Milizen anderer Kasten.